

Nachtfalter

Ausgabe 20 · März 2018

Plant Große Koalition Rentenbetrug an ZeitungszustellerInnen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die letzte Große Koalition hat euch 2015 beim Mindestlohn betrogen.

Über einen Zeitraum von drei Jahren hat sie auf „Wunsch“ der Zeitungsverleger den Mindestlohnanspruch deutlich abgesenkt. Erst im Jahr 2018 wurdet ihr mit 8,84 Euro allen anderen gleichgestellt.

Die neue Große Koalition plant nun ihr nächstes „großzügiges Geschenk“ an die Zeitungsverleger:

Rentenbetrug an den ZeitungszustellerInnen

Auszug aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU: (Seite 94, Zeile 4325 bis 4329)

„Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen für alle Haushalte - in Stadt und Land gleichermaßen - wird bei Minijobs von Zeitungszustellerinnen und Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu tragen haben, befristet für die Dauer von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2022, von 15 auf 5 Prozent gesenkt.“

Über diese **dreiste Subventionierung** war nur in ganz wenigen Zeitungen etwas zu lesen.

Auch die örtliche NW und das WB hielten sich in dieser Frage ziemlich bedeckt.

Soviel zu den **Grenzen der Pressefreiheit**, wenn es um die eigenen Profite geht.

Als der Journalist Hans-Ulrich Jörges, STERN, diesen Skandal in der Sendung Maischberger an die Öffentlichkeit brachte, löste das hektische Reaktionen im Lager der Großen Koalition aus.



Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU) und die geschäftsführende Arbeitsministerin Katarina Barley (SPD) erwiderten „empört“, es sei immer geplant (!) gewesen, dass der Staat die Beitragsverluste ausgleichen wollte. Die Nachfrage, warum das nicht im Koalitionsvertrag gestanden hätte, konnten beide nicht plausibel beantworten.

Wollten sie ihr „Geschenk“ unbemerkt von der Öffentlichkeit einfach durchwinken?

Völlig unklar ist noch, aus welcher Kasse sie es „ausgleichen“ wollen.

Direkt aus der Rentenversicherung?

Komplett aus Steuermitteln bezahlen?

Eine offizielle Zusage der Finanzierung gibt es bisher in schriftlicher Form nicht!

Ein gesundes Misstrauen ist nach wie vor angebracht, damit die minimalen Rentenansprüche der ZeitungszustellerInnen nicht unter die Räder geraten!

Vergesst nicht, wie schon bei der **Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes** die ZeitungszustellerInnen über den Tisch gezogen wurden:

Im Vorfeld der Einführung des Mindestlohnes forderte der Zeitungsverleger-Verband sogar den Ausschluss der ZeitungstellerInnen. Sie wurden dann durch Arbeitsministerin Nahles (SPD) großzügig mit **drei-jähriger Absenkung des Mindestlohnes** bedient:

2015: Absenkung um 25 Prozent = 6,38 Euro

2016: Absenkung um 15 Prozent = 7,23 Euro

2017: nur 8,50 Euro, Mindestlohn schon bei 8,84 Euro

Erst im Jahre 2018 haben auch alle ZeitungszustellerInnen einen Anspruch auf den allgemeinen Mindestlohn in Höhe von 8,84 Euro!

Jens Berger, Autor der **NachDenkSeiten**, schätzt, dass die Absenkung des Mindestlohnes den Zeitungsverlegern sage und schreibe **750 Millionen Euro** in den letzten drei Jahren eingebracht hat.

Sich zu wehren lohnt sich!

Erinnert euch an die Einführung der kostenlosen Zeitung „**Mein Samstag**“ im Januar 2015. Für den Mindestlohnanspruch von 6,38 Euro solltet ihr sie extrem billig austragen. Durch das konsequenten Vorgehen des damaligen Betriebsrates der NW Logistik wurde das vereitelt. Das Bielefelder Arbeitsgericht verurteilte die NW-Geschäftsführung zur Zahlung von 5,5 Cent pro Exemplar. Das entsprach einer 2,5fachen Erhöhung des ursprünglich geplanten abgesenkten Mindestlohnes von 6,38 Euro.

Traut auf keinen Fall mündlichen Zusicherungen der neuen Großen Koalition, dass sich eure Rentenansprüche nicht verschlechtern werden.

Die müssen euch schriftlich garantiert werden!

Fordert die Bundestagsabgeordneten der SPD und CDU/CSU zur Rücknahme des großzügigen Steuer-geschenkes an die Zeitungsverleger auf.

Fordert eure Betriebsräte auf, sich unmissverständlich ablehnend zu positionieren.

Konfrontiert euren Arbeitgeber auf Betriebs-versammlungen mit dieser versteckten Subventionierung.

**Werdet Mitglied
der Gewerkschaft ver.di!**



Euer Kollege

Hans-Dietmar Hölscher

Ex-Betriebsrat NW Logistik



Zu den **geplanten Rentenkürzungen für ZeitungszustellerInnen** gibt es eine umfangreiche **Information** der Gewerkschaft ver.di.

Sie kann bei **Hans-Dietmar Hölscher**, ver.di, Fachbereich 8, in gedruckter bzw. elektronischer Form angefordert werden.

E-Mail: didi.hoelscher@gmx.de

Aktuelle Informationen gibt es auf der ver.di-Homepage der Zeitungszusteller und Zeitungszustellerinnen:

www.zeitungszusteller.verdi.de

ver.di, Fachbereich 8, Oelmühlenstraße 57, 33604 Bielefeld, Tel. (0521) 41714-254

V.i.S.d.P.: Dirk Toepper, **ver.di, FB 8**, Oelmühlenstraße 57, 33604 Bielefeld, **E-Mail:** dirk.toepper@verdi.de